



FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag Positionspapier

Jugendpolitik – Liberal und eigenständig gestalten

Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom 5. Juli 2011

Während in der Vergangenheit Kinder- und Jugendpolitik vermehrt als gemeinsamer Politikbereich betrachtet wurde, kann heute festgestellt werden, dass diese Betrachtungsweise den Interessen von Jugendlichen und den Herausforderungen für Jugendliche nicht ausreichend gerecht wird. Der gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Wandel der letzten Jahrzehnte eröffnet Jugendlichen heute mehr Chancen zur Entwicklung als jemals zuvor. Gleichzeitig stellt dieser Wandel und die größer werdende Auswahl unterschiedlicher Entwicklungspfade Jugendliche vor neue Herausforderungen. Und obgleich es eine gestiegene Vielfalt an Entwicklungspfaden gibt, werden von Gesellschaft wie Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hohe Anforderungen an Jugendliche formuliert. So erfordert beispielsweise eine steigende Vielfalt der Erwerbsbiografien eine Verdichtung der Bildungswege (kürze Ausbildungszeiten, Anerkennungsfähigkeit von Bildungsabschlüssen etc.) und hohe Mobilität. Um die Chancen der Globalisierung zu nutzen, müssen Jugendliche interkulturelle Kompetenzen besitzen und möglichst mehrere Fremdsprachen beherrschen. Die stetig wachsende Vielfalt an Kommunikations- und Informationswegen verlangt darüber hinaus eine ausgeprägte Medienkompetenz und technische Versiertheit.

Gleichzeitig führt diese Vielfalt der Entwicklungschancen und die damit einhergehenden Ansprüche zu einer zunehmenden Heterogenisierung der Jugendphase, was ihre genaue Abgrenzung zunehmend erschwert. Viele als jugendtypisch geltende Problemlagen bestehen bereits in der Übergangsphase von der Kindheit zum Jugendalter und sind auch in der Übergangsphase vom Jugend- in das Erwachsenenalter vorzufinden. Die Shell-Jugendstudie untersucht daher, wie die Mehrzahl der Jugendstudien, die Altersspanne von 12 bis 25 Jahren.

Diese Veränderungen verlangen auch von der Politik eine neue Betrachtungsweise der Jugendphase. Eine ambitionierte Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert und die Entwicklung und Betreuung von Kindern stärkt, ist dabei das Fundament, auf das zukünftig eine starke und eigenständige Jugendpolitik aufbauen muss. Eine solche Jugendpolitik verlangt dabei eine eigenständige Betrachtung der Jugendphase, ohne den Kontext zu vorhergehenden und späteren Lebensphasen aus dem Blick zu verlieren. Gerade in Zeiten des demographischen Wandels muss Jugendpolitik als Chance verstanden werden, die Generationen zusammenzuführen.

Eine eigenständige Jugendpolitik bedeutet für Liberale vor allem gleiche Startchancen zu schaffen und bestehende Benachteiligungen abzubauen. Sie unterstützt Jugendliche in ihren Ressourcen und hilft, wo es nötig ist; sie befähigt Jugendliche, ohne sie zu bevormunden. Daher ist es ihre zentrale Aufgabe, Chancengerechtigkeit herzustellen, ohne die Freiheit Einzelner einzuschränken oder gar bestimmte Lebensentwürfe und –modelle zu präferieren.

Entscheidungsgrundlage einer eigenständigen Jugendpolitik muss dabei ein ganzheitliches und objektives Bild der Jugend sein. Die Shell-Jugendstudie und andere Untersuchungen machen deutlich, dass die Politik sich mit der „Jugend von heute“ auf einen starken Partner verlassen kann. Die häufig stärker wahrgenommenen negativen Schlagzeilen über Jugendliche dürfen nicht zur Richtschnur politischen Handelns werden, da sie der großen Mehrheit Jugendlicher nicht gerecht werden. Für Liberale heißt Jugendpolitik, Chancen zu eröffnen und Jugendliche zu stärken, statt auf Verbote und Bevormundung zu setzen.

Jugendhilfepolitik ist dabei ein wichtiger Bestandteil dieses Politikfeldes, um Chancengerechtigkeit zu fördern. Eine eigenständige Jugendpolitik muss allerdings den Anspruch haben, über die Jugendhilfe hinauszugehen. Sie darf nicht erst in Problem- und Krisenfällen eingreifen, sondern muss vorher ansetzen. In diesem Sinne richtet sie sich an alle Jugendlichen. Daher stellt Jugendpolitik auf Bundesebene vor allem eine Querschnittsaufgabe dar. So sind verschiedene Aufgaben und jugendpolitische Themen wie die Freiwilligendienste, die Kinder- und Jugendhilfe oder der Jugendschutz allgemein beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt. Allerdings ergeben sich in verschiedenen Bereichen jugendrelevante Schnittstellen zu anderen Ressorts, z.B. der Bildungs- und Hochschul- oder der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Eine zukunftsgerechte eigenständige Jugendpolitik auf Bundesebene muss daher eine bessere Koordination jugendrelevanter Themen über die einzelnen Ressorts in den Blick nehmen. Zugleich dürfen relevante zivilgesellschaftliche Akteure der Jugendpolitik wie Jugendverbände und -vereinigungen nicht aus den Augen verloren werden. Eine eigenständige Jugendpolitik kann nur im Wechselspiel mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren, Elterninitiativen, Vereinen, Verbänden, den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der Wirtschaft sowie Ländern und Kommunen gelingen. Sie kann weder von Seiten des Bundes allein gestaltet noch vorgegeben werden.

Jugendbeteiligung – Die politische Partizipation von Jugendlichen verbessern

Eine stärkere Einbindung junger Menschen wird von verschiedenen Seiten immer wieder gefordert – leider aber häufig nicht oder nur unzureichend umgesetzt. Dabei sollte die Partizipation von Kindern und Jugendlichen eigentlich als ein zentraler Bestandteil der demokratischen Ordnung und Kultur unseres Landes gelten.

Viele Fragen, die junge Menschen bewegen und unmittelbar betreffen, sind im Bereich der Kommunen verortet. Hierbei geht es nicht nur um eine Stärkung von Jugendgemeinderäten, Jugendhilfeausschüssen, Jugendinitiativen, Jugendvereinen oder die Benennung von Ansprechpartnern für jugendpolitische Belange vor Ort. Um Politikverdrossenheit vorzubeugen und das Verständnis für demokratische Prozesse und Abläufe unseres Staatswesens zu stärken, reicht die bloße Beteiligung Jugendlicher in Form von Anhörungen oder öffentlichen Gremiensitzungen bei weitem nicht aus¹.

Partizipation Jugendlicher in politischen Entscheidungen ergibt nur Sinn, wenn alle betroffenen Jugendlichen rechtzeitig informiert werden, über ihre Beteiligungsrechte aufgeklärt werden und sich direkt wie indirekt beteiligen können (Niedrigschwelligkeit). Außerdem müssen die zu entscheidenden Fragen einen wohnortnahen, konkreten Bezug haben und in Folge dessen von den zu beteiligenden Jugendlichen tatsächlich erfasst werden können. Es steht auch außer Frage, dass für die Beteiligung junger Menschen ausreichend Zeit im Planungsverfahren vorgesehen werden muss und dass zwischen Beratung, Entscheidung und Planung sowie Umsetzung konkreter Projekte kein zu großer

¹ Die Bertelsmann-Studie „Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland“ aus dem Jahr 2005 hat aufgezeigt, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der Familie noch am größten sind. In der Schule nehmen sie bereits deutlich ab und am geringsten sind sie im wohnortnahen Umfeld. Empirische Studien zeigen, dass vor allem stark formalisierte Verfahren in Schule und Kommune von Jugendlichen als wenig bedeutsam und wenig wirkungsvoll bewertet werden (vgl. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“, S. 21).

Zeitraum liegen darf, damit für Kinder und Jugendliche die Ergebnisse ihrer Beteiligung wahrnehmbar und erfahrbar werden. Nur auf diese Weise wird der Nutzen von politischem Engagement erkennbar.

Viele Projekte haben gezeigt, dass sich zwischen kommunalen Entscheidungsträgern und Jugendlichen, beispielsweise bei Bauvorhaben, durchaus eine Win-Win-Situation ergeben kann, wenn die Interessen junger Menschen frühzeitig berücksichtigt werden. Darüber hinaus kann über eine frühe, erfolgreiche Partizipation extremistischen Einstellungsmustern unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegengewirkt werden. Die Teilnahme an erfolgreichen Partizipationsprojekten kann nicht nur zu einem besseren Verständnis von Politik und politischen Prozessen auf Seiten junger Menschen beitragen, sondern auch Einflussmöglichkeiten auf die Politik fernab von Wahlen verdeutlichen und so einem Gefühl der Machtlosigkeit und des Unverständnisses gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen entgegenwirken. Aus liberaler Sicht kann und darf die Demokratie nicht allein auf die Teilnahme an periodisch stattfindenden Wahlen verkürzt werden. Daher ist es wichtig, junge Menschen frühzeitig auf die mannigfaltigen Formen demokratischer Beteiligung aufmerksam zu machen. Aus diesem Grunde unterstützt die FDP-Bundestagsfraktion einen ganzheitlichen Ansatz bei den Bundesprogrammen zur Extremismusprävention. Schließlich sollen junge Menschen für die Demokratie, für Vielfalt und Toleranz gewonnen werden.

Die häufig geforderte Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre lehnt die FDP-Bundestagsfraktion hingegen ab. Die Forderung nach einer Senkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre erscheint als Feigenblatt, um mit einer einfachen Antwort, grundlegende Herausforderungen und Notwendigkeiten der Partizipation von Jugendlichen zu meiden. Anders als bei Bundestagswahlen stellen Kommunalwahlen einen Rahmen zur Beteiligung Jugendlicher dar, bei dem ein direkter und wohnortnaher Bezug zur Wahlentscheidung besteht. Deswegen befürwortet die FDP-Bundestagsfraktion eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen. Eine Entscheidung über das Wahlalter bei Landtagswahlen müssen in den Ländern selbst getroffen werden.

Projekte, bei denen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt steht, sind fortzusetzen, um das Thema Partizipation in der Förderpraxis des Bundes zu manifestieren. Erfolgreiche Projekte in diesem Bereich stellen z.B. die „Jugend PolitCamps“ dar. Im Rahmen des „Jugend PolitCamps 2010“ wurde gezielt über neue Formen politischer Beteiligungsmöglichkeiten und Partizipation über Web 2.0-Angebote informiert und diskutiert. Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im November 2010 initiierte „Dialog Internet“ mit Vertretern der Internetwirtschaft, der Netzgemeinde, Kinder- und Jugendschutzeinrichtungen sowie Medienpädagogen und –wissenschaftlern ergänzt diese Bemühungen. Ferner werden mit rund 10 Millionen Euro Kurse und Projekte wie Lernwerkstätten und Planspiele zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen gefördert. Diese Förderung ist fortzusetzen.

Im Rahmen der Umsetzung des EU-Programmes „Jugend in Bewegung“ (2010-2020) ist darauf zu achten, dass Erfahrungen und Erfolge des auslaufenden EU-

Programmes JUGEND IN AKTION², insbesondere im Bereich der Partizipation über den Strukturierten Dialog (SD), genutzt und ausgebaut werden. Um das Interesse Jugendlicher am politischen System und politischen Geschehen zu erhöhen und das Politikverständnis allgemein zu verbessern, sollte der Bund Kampagnen wie die „U18-Wahl“ bundesweit unterstützen. Das Projekt Jugendwahl/U18-Wahl führt neun Tage vor Bundestags- oder Landtagswahlen eine sogenannte Jugendwahl durch. Ziel ist es, Jugendliche dabei zu unterstützen, politische Prozesse zu verstehen, Unterschiede in den Wahl- und Parteiprogrammen zu erkennen sowie Versprechen von Politikern und Parteien zu hinterfragen. Im Rahmen der Jugendwahl zur Bundestagswahl 2009 gaben 127.208 Kinder und Jugendliche ihre Stimme in 1.091 Wahllokalen ab (vgl. <http://www.u18.org/>).

Die FDP-Bundestagsfraktion fordert:

- in Kooperation mit den Ländern Modellprogramme und erfolgreiche Initiativen im Bereich der Partizipation von Jugendlichen bekannt zu machen, die Förderung erfolgreicher Projekte fortzusetzen und sich für den Transfer dieser Modelle (Best-Practice) in die Fläche einzusetzen;
- zusammen mit den Ländern langfristig verbindliche Qualitätsstandards für Partizipationsinstrumente zu entwickeln, um für mehr Verbindlichkeit und Transparenz bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu sorgen³. Als Anreiz könnte zum Beispiel ein Partizipations-Preis wirken, mit dem Gemeinden, die Partizipationsinstrumente für Kinder und Jugendliche vorbildlich umsetzen, vom Bund ausgezeichnet werden;
- sich im Sinne der Partizipation von Jugendlichen im Rahmen der Umsetzung der EU-Strategie „Jugend in Bewegung“ einzusetzen;
- das Projekt „U18-Wahl“ deutschlandweit bekannter zu machen und zu unterstützen;
- Projekte zu unterstützen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ePartizipationsmodelle mit Blick auf Jugendliche zu entwickeln.

Jugendpolitische Instrumente auf Bundesebene neu denken!

Es ist ein altbekanntes Dilemma, dass viele Projekte, die für eine langfristige Förderung durch den Bund aufgrund ihres Erfolges prädestiniert wären, sich immer wieder neuen Ausschreibungen stellen müssen, da der Bund im Bereich der Jugendpolitik bzw. der Kinder- und Jugendhilfe nach § 83 SGB VIII nur über eine Initiierungs- und Anregungsfunktion verfügt. Befristete Projektförderungen erschweren es jedoch, langfristig wirksame Strukturen aufzubauen. Außerdem ist es aufgrund des Kooperationsverbotes schwierig, Projekte zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu vernetzen und Kooperationen von Initiativen und Institutionen zu ermöglichen. Lösung für dieses Problem könnte die Einrichtung einer Bundesjugendstiftung sein, die in Kooperation mit Projektpartnern wie Unternehmen, Stiftungen und Verbänden jugendpolitische Initiativen langfristig unterstützt. Bedingung für die Projektförderung muss sein, dass die Projekte zu einem fest vorgeschriebenen Schlüssel durch die Projektpartner kofinanziert werden. Auf diese

² Im Rahmen des EU-Jugendprogrammes werden bis einschließlich 2013 rund 886 Mio. Euro zur Stärkung von EU-Bürgersinn, Solidarität, demokratischem Engagement junger Menschen und Mobilität ausgegeben. Das Programm ist in 5 verschiedene Aktionsbereiche gegliedert.

³ Im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes „Für ein kindergerechtes Deutschland“ (2005-2010) wurden entsprechende Qualitätsstandards für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen entwickelt. Auf diese Empfehlungen kann hier aufgebaut werden.

Weise wird zum einen eine stetige Erfolgs- und Kostenkontrolle erreicht und zum anderen können so Anknüpfungspunkte zwischen Unternehmen vor Ort, Verbänden, Vereinen und Initiativen aufgebaut, verstärkt und das gegenseitige Verständnis verbessert werden.

Darüber hinaus hat eine Neuausrichtung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) als zentrales Förderinstrument im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik so zu erfolgen, dass

- eine verstärkte Konzentration auf die sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) ergebenden Aufgaben erfolgt;
- seit langem bestehende, historisch gewachsene Förderstrukturen hinterfragt werden;
- neuen Herausforderungen in der Kinder- und Jugendpolitik, die sich durch die Neuen Medien oder andere gesellschaftliche Phänomene stellen, passgenau begegnet werden kann;
- im Rahmen des KJP, neben der infrastrukturellen Förderung und der langfristigen Projektförderung, eine flexible Spitze von mindestens 1,5 Million Euro p.a. enthalten ist, die den Bund in die Lage versetzt, Projekte von überregionaler Bedeutung, die kurzfristig in Finanzierungsengpässe geraten sind, zu unterstützen;
- gemeinsam mit Experten und Projektpartnern eine Hilfestellung erarbeitet wird, um durch Fundraising und Kooperationen Unternehmen für jugendrelevante Projekte zu gewinnen. Dazu sollen Best Practice-Beispiele helfen, den Gegensatz von institutioneller Förderung und einer eher projektbezogenen Spendenbereitschaft aufzulösen;
- mit Blick auf die Jugendpolitik im ländlichen Raum im Rahmen von Modellprojekten Antworten auf die Fragen gefunden werden, wie – bei wie vor großen haushälterischen Zwängen auf Seiten der Gebietskörperschaften sowie der zunehmenden Konzentration finanzielle und personelle Ressourcen auf Städte und regionale Zentren – eine umfassende Jugendarbeit, z.B. durch Modelle einer mobilen Jugendarbeit, im ländlichen Raum sichergestellt werden kann;
- der Zugang zur Projektförderung des KJP auch für kleinere Vereine, Verbände, Jugendliche oder Schüler mit innovativen Projektideen ermöglicht wird, die nicht über nennenswertes, bei der Antragsstellung unterstützendes Fachpersonal verfügen.

Mobilität sichern und stärken

Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen unserer Gesellschaft, auch zu denen von Jugendlichen. Ferner werden Mobilität und Flexibilität von Seiten des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes vorausgesetzt. Schlüssige kommunale und regionale Mobilitätskonzepte und ein gut ausgebauter Öffentlicher Nahverkehr stellen sicher, dass junge Menschen zur Schule oder Ausbildung gelangen, dass sie Freunde treffen oder ihren Interessen nachgehen können. Darüber hinaus sind Initiativen, die das Ziel haben, die Mobilität junger Menschen zu stärken, generell zu begrüßen. So ist es ein Erfolg liberaler Politik, dass das begleitete Fahren mit 17 (BF 17), welches zuerst in Niedersachsen erprobt wurde, nun bundesweit Schule macht.

Mobilität von Jugendlichen ist aber noch mehr: Es ist Aufgabe aller staatlicher Ebenen, sich darum zu bemühen, dass die Mobilität von Jugendlichen zu

Bildungszwecken, wenn sie beispielsweise einer Ausbildung fern des elterlichen Wohnortes nachgehen, gesichert wird. Hierfür sind geeignete Instrumente mit Ländern und Kommunen zu finden.

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich daher dafür ein,

- im Rahmen des EU-Programmes „Jugend in Bewegung“ (2010-2020) die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken und im Berufsleben in den Blick zu nehmen, verstärkt zu fördern und Mobilitätshemmnisse abzubauen;
- über geeignete Instrumente und eine ausreichende Finanzierung das Jugendwohnen zu stärken, um auf diesem Wege pädagogisch wertvolle Angebote betreuten Wohnens für Jugendliche und Auszubildende außerhalb des Elternhauses zu schaffen und zu erhalten;
- den Mopedführerschein für 15-Jährige nach einer fachlich fundierten und umfangreichen Fahrausbildung zuzulassen.

Perspektiven aufzeigen, Bildungschancen schaffen

Bildung ist für die FDP ein zentrales Bürgerrecht. Der Zugang zu Bildung bestimmt über die Lebenschancen aller Menschen einer Wissensgesellschaft, aber vor allem über die Chancen von Kindern und Jugendlichen. Bildung ermöglicht nicht nur gesellschaftliche Teilhabe, sondern sie trägt entscheidend zur Persönlichkeitsbildung und zur Entwicklung einer eigenen Identität bei. Für eine erfolgreiche Bildungs- und Schulkarriere ist der Spracherwerb ein zentraler Schlüssel. Deshalb unterstützen wir die Einführung von Sprachstandtests, damit alle Kinder von der Einschulung an die gleiche Chance haben, dem Unterricht zu folgen und erfolgreich den Schulstoff zu meistern. Auch eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration hängt zu einem großen Teil vom Spracherwerb und der gelungenen Integration in den Arbeitsmarkt ab.

Die FDP-Bundestagsfraktion unterstützt den bedarfsorientierten Ausbau von Ganztagschulen. Die Einführung von Ganztagschulen und die Verkürzung von Ausbildungszeiten darf jedoch nicht zu einem weiteren Abnehmen der Zeitkontingente von Kindern und Jugendlichen führen, die als Freizeit zur Persönlichkeitsbildung, für ehrenamtliches Engagement und für non-formale Bildung genutzt werden können. Vielmehr müssen Ganztagschulen ihre Förderangebote ausweiten und ein breites Angebot an kulturellen sowie Sport- und Freizeitangeboten schaffen.

Der Ausbau und die Sicherung von Kultur- und Freizeitangeboten ist ein wichtiger Aspekt für die Entwicklung von Jugendlichen. Dort werden ihnen Freiräume zur Verfügung gestellt, um sich in Kultur, Sport und Spiel zu entfalten, sich mit anderen Jugendlichen zu messen und mit diesen in Kontakt zu treten. Freizeit- und Kultureinrichtungen sind daher für Jugendliche ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Sie tragen zur Persönlichkeitsbildung und zur Entwicklung einer eigenen Identität bei. Auf Bolzplätzen, Skate- und Basketballanlagen sowie in unterschiedlichsten Kultureinrichtungen lernen Jugendliche Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Mitbestimmung, Flexibilität, Toleranz und Offenheit anderen gegenüber "spielerisch" und bauen diese aus.

Im Zusammenhang mit Freizeiteinrichtungen spielt auch das Thema Lärm eine Rolle. Unklar ist dabei die Beurteilung von sog. freien Jugendeinrichtungen wie Bolzplätzen, Skate- und Basketballanlagen hinsichtlich des Lärms, der im Rahmen der sportlichen Betätigung von Jugendlichen ab 14 Jahren ausgeht. In der Bewertung stehen diese

zwischen Spiel- und Sportplätzen. Die FDP-Bundestagsfraktion will eine Regelung schaffen, die Rechtssicherheit für Städte, Gemeinden und Anwohner schafft und freien Jugendsport ermöglicht. Hierfür sollten neue Grenzwerte und Öffnungszeiten festgelegt werden.

Die FDP will mittelfristig das Ziel erreichen, über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren. Mindestens sieben Prozent des BIP sollen für Bildung und drei Prozent des BIP für Forschung und Technologie investiert werden. Ausdruck dieses Selbstverständnisses ist, dass sich die christlich-liberale Koalition, trotz aller haushaltspolitischer Zwänge, darauf geeinigt hat, die Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2013 um 12 Milliarden Euro zu steigern.

Die FDP-Bundestagsfraktion fordert, dass

- Anschlussprogramme für die erfolgreichen ESF-Programme „Schulverweigerer - 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ zu schaffen sind, um weiterhin junge Menschen beim Erwerb eines Schulabschlusses und der Suche nach einem Ausbildungsplatz zielgenau zu unterstützen und um Schulverweigerung entgegenzuwirken;
- die öffentlichen Investitionen in den allgemeinschulischen Bildungsbereich gesteigert werden müssen;
- frühzeitige, verbindliche Sprachstandfeststellungen von entsprechenden Fördermöglichkeiten und –instrumenten begleitet werden müssen, damit in Zukunft tatsächlich alle Kinder in die Lage versetzt werden, dem Schulunterricht von Anfang an zu folgen und so für gleiche Chancen am Start der Schullaufbahn zu sorgen;
- sich der Bund gegenüber den Ländern für die Stärkung der kulturellen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich einsetzt;
- sich der Bund gegenüber den Ländern dafür einsetzen muss, dass im Rahmen der Einführung von Ganztagschulen in den Schulkonzepten ein ausreichendes Zeitkontingent für Kinder und Jugendliche zur individuellen, freien Gestaltung erhalten bleibt;
- Rechtssicherheit bei der Lärmbeurteilung von sogenannten freien Jugendeinrichtungen, wie z.B. Bolzplätze, Skate- und Basketballanlagen, durch die Aufnahme von neuen, nicht zu engen Immissionsrichtwerten und Öffnungszeiten in die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) zu schaffen ist.

Gesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Bereits in dem fraktionsübergreifend erarbeiteten Antrag „Zukunft der Freiwilligendienste – Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und der generationsübergreifenden Freiwilligendienste als zivilgesellschaftlicher Generationenvertrag für Deutschland (BT-Drs. 15/5175)“ haben sich die Liberalen dezidiert für den qualitativen wie quantitativen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste ausgesprochen. Die Jugendfreiwilligendienste tragen dazu bei, die Bildungsfähigkeit von Jugendlichen zu verbessern und geben jungen Menschen die Möglichkeit zur persönlichen und beruflichen Orientierung. Daher stellen die Freiwilligendienste nicht nur einen Weg zur Selbstverwirklichung und Mitgestaltung der Engagierten dar, sondern mehren auch das soziale Kapital unserer Gesellschaft.

Mit dem im Jahr 2011 verabschiedeten Freiwilligendienstekonzept der Bundesregierung, das die größte engagementpolitische Initiative in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt, werden die Jugendfreiwilligendienste FSJ, FSJ Kultur, FSJ Sport und FÖJ massiv ausgebaut sowie ein neuer Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Auf diese Weise kann es zukünftig rund 70.000 Plätze p.a. in den Freiwilligendiensten geben. Somit wird sichergestellt, dass jeder, der sich für einen Freiwilligendienst interessiert, auch die Möglichkeit zu einem freiwilligen Engagement erhält. Mit dem Freiwilligendienstekonzept hat die christlich-liberale Koalition, nicht zuletzt auf Druck der FDP, den Weg für mehr bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft geebnet.

Die FDP fordert im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligendienste

- ein einheitliches Rahmengerüst und eine weitestgehende Angleichung der Rahmenvorschriften der Dienste mittels eines Freiwilligendienststatusgesetzes, ohne dabei den Charakter der einzelnen Angebote zu gefährden;
- sowohl das sachfremde Konstrukt des Personalgestellungsvertrages im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere der Freiwilligendienste, zwischen Träger und Einsatzstelle als auch weitere unnötige verwaltungstechnische Barrieren für die Schaffung von Freiwilligendienstplätzen auf der Angebotsseite zu beseitigen;
- eine verbesserte Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements durch alle Ebenen, zum Beispiel durch Eintrittsermäßigungen in kulturelle Einrichtungen, ermäßigte Fahrpreise im Öffentlichen Personennahverkehr oder ähnliches;
- eine bundesweit einheitliche Ausweismöglichkeit für Freiwilligendienstleistende zu schaffen und dabei bestehende Systeme (Juleica, Ehrenamtskarte) als Grundlage zu prüfen.

Neue Medien nutzen – Medienkompetenz stärken

In Ihrem Koalitionsvertrag hat sich die christlich-liberale Koalition zur notwendigen Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen bekannt. So haben sich CDU/CSU und FDP auf einen Nationalen Aktionsplan im Bereich Jugendpolitik verständigt. Dieser soll, neben einem umfassenden Konzept zur Verbesserung des Jugendschutzes und der Partizipation sowie der Gewalt- und Suchtprävention, Maßnahmen zur Verbesserung der Medienkompetenz enthalten.

Mit Medienkompetenz wird die Fähigkeit beschrieben, selbstbestimmt Medien wahrzunehmen, sie aktiv und partizipierend zu nutzen sowie reflexiv und eigenverantwortlich zu begreifen (vgl. punktum 1/10, S. 6). Untersuchungen zum Mediennutzungsverhalten belegen, dass hier unverändert Handlungsdruck besteht. 67% der Jugendlichen (zw. 11 und 19 Jahren) besitzen einen eigenen PC – Tendenz steigend (vgl. 13. Kinder- und Jugendbericht, Drs. 16/12860, S. 23). 74% der Jugendlichen nennen ein Profil in mindestens einem Sozialen Netzwerk ihr Eigen. Hinzu kommt, dass gerade für junge Menschen das Internet sich mehr und mehr vom Informations- zum Unterhaltungsmedium wandelt (vgl. ARD/ZDF Onlinestudie 2009).

Die Herausforderungen, die der technologische Fortschritt an die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stellt, sind enorm. Zugleich dürfen die Chancen, die

die Neuen Medien und neue Technologien bieten, nicht außer Acht gelassen werden.

Auf Bundesebene wurde bereits mit zahlreichen Projekten zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern reagiert. Hierzu zählen unter anderem die Initiative „SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen“, die Kindersuchmaschine „Blinde Kuh“, das Internetportal „jugendschutz aktiv, die Initiative „Ein Netz für Kinder“ (www.fragFINN.de) sowie eine Vielzahl von Ratgebern und unterstützenden Materialien wie Broschüren und Flyer.

Die FDP-Bundestagsfraktion fordert, dass

- die verschiedenen Projekte und Initiativen regelmäßig überarbeitet und an die Medienentwicklung angepasst werden müssen;
- die verschiedenen Initiativen und Kampagnen der Bundesministerien im Bereich der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärker aufeinander abgestimmt werden müssen;
- insbesondere bei Online-Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen vermehrt darauf geachtet werden muss, Kinder und Jugendliche zielgruppengerecht dort anzusprechen, wo sie sich im Internet bewegen und aufhalten;
- bei Projekten und Schulungen, die eine Verbesserung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben, verstärkt darauf geachtet werden muss, die Erziehungsberechtigten mit einzubeziehen, um diese vermehrt für dieses Thema zu sensibilisieren und an die Neuen Medien heranzuführen;
- sich der Bund gegenüber den Ländern dafür einsetzt, dass die Vermittlung von Medienkompetenz Eingang in die Lehrpläne erhält;
- sich der Bund gegenüber den Ländern dafür stark macht, dass angesichts des häufig nur rudimentär vorhandenen Wissens von Lehrkräften über die Neuen Medien auch auf innovative pädagogische Konzepte wie das „Peer Learning“ zurückgegriffen wird;
- die Länder ihre Anstrengungen im Bereich der Medienqualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern verstärken, um in allen pädagogischen Berufen ein Bewusstsein für die Bedeutung von Medienkompetenz zu schaffen.

Integration voranbringen, Talente nutzen

Nicht zuletzt bestimmt mit Blick auf den demografischen Wandel eine erfolgreiche Integration junger Menschen in unsere Gesellschaft, in das Wirtschafts- und Arbeitsleben über die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt unseres Landes. In Deutschland leben rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind fast 19 Prozent der Bevölkerung – bei den unter 25-Jährigen beträgt der Anteil sogar 27 Prozent (Mikrozensus 2009, Destatis). Insgesamt steigt das Bildungsniveau unter Migranten an. Migranten holen bei Schulabschlüssen langsam auf. Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund machen die mittlere Reife oder das Abitur. Besonders erfolgreich sind hierbei Mädchen. Zugleich sind junge Menschen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der Schulabbrecher deutlich überrepräsentiert (vgl. Bildungsbericht 2010). Sie haben statistisch gesehen schlechtere Aussichten auf einen höheren Schulabschluss und besuchen seltener die Universitäten. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind für unsere Gesellschaft und Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung von großem Wert. Sie können dazu beitragen, die

Innovationskräfte der Gesellschaft zu stärken und unsere Kultur zu bereichern. Sie besitzen interkulturelle Kompetenzen und sind häufig mehrsprachig aufgewachsen. Daher kann es sich Deutschland nicht leisten, die Talente junger Menschen mit Migrationshintergrund brach liegen zu lassen.

Wir brauchen in Deutschland eine Kultur der Offenheit, die die Vorteile von gesellschaftlicher Vielfalt anerkennt, auf Integrationserfolge hinweist und zugleich die Augen vor Integrationsproblemen nicht verschließt, sondern sich dieser annimmt. Schließlich kann eine gelungene Integration von jugendlichen sowie erwachsenen Migranten entscheidend dazu beitragen, die vor unserem Land stehenden Herausforderungen der Globalisierung, des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels zu meistern.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die FDP-Bundestagsfraktion dafür ein,

- dass der öffentliche Dienst, je nach regionalen Gegebenheiten, verstärkt um Migranten und Personen mit interkultureller Kompetenz wirbt, um auf diese Weise Vorbilder für Kinder und Jugendliche zu prägen und zugleich die interkulturelle Kompetenz von Kitas, Schulen und Behörden zu erhöhen;
- dass Bund und Länder über geeignete Initiativen, Programme und Projekte auf die Vorteile einer vielfältigen Gesellschaft hinweisen und deren gesamtgesellschaftliche Vorteile noch stärker als bisher hervorheben;
- Instrumente zu finden, um die Schulpflicht konsequenter durchzusetzen und die Zahl von Schulabbrechern und Schulverweigerern unter Kindern und Jugendlichen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, weiter zu senken;
- die Sprachförderung von Eltern, Jugendlichen und Kindern mit Migrationshintergrund zu verstärken und neue Ansätze wie kombinierte Sprachförderangebote zu nutzen;
- weiterhin Anstrengungen für eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen, wie z.B. durch die Offensive Frühe Chancen, in deren Zuge 4.000 Kindertageseinrichtungen zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ ausgebaut werden, oder die Initiative JUGEND STÄRKEN, zu unternehmen.